

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

5. Aufl. Sonntagsbeilage

Preisprophet Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis die Jahrg. 1 Mk. 75 Pfg., monatl. 60 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. Anzeigenpreis: die fünfspaltige Korpuszeile 15 Pfg., auswärts 20 Pfg. Ämtlicher Teil 40 Pfg. Reklamazeile 40 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 125.

Mittwoch, den 24. Oktober 1917.

28. Jahrgang.

Ämtliches.

Auf Warenbezugsmarke E Nr. 7 der roten Karte werden vom 25. bis mit 29. Oktober

125 gr **Waidgriech** für 12 Pfg. abgegeben. Die blaue Karte wird auch diesmal nicht beliefert. Gleichzeitig kommen auf Nr. 7 der Vorkaufsbezugsmarke 250 gr **Zuckerhonig** für 28 Pfg. zur Ausgabe. Abgabe an Händler bei den Warenverteilungsstellen: 24. Oktober. Gefäße sind mitzubringen.

Grimma, 20. Oktober 1917. 4588 c. l.

Der Bezirksverband der Königl. Amtshauptmannschaft Warenverteilungsstelle G. N. Koff.

Der nach § 6 der Verordnung des Königl. Ministeriums des Innern vom 22. September 1917 - 1620 II B II - über die Versorgung der sächsischen Tierhalter mit Heu und mit Stroh nachgeordnete „besondere Kleinhandelszulassung“ wird auf 1 M. für den Zentner Heu und 0,90 M. für den Zentner Stroh festgesetzt.

Grimma, 19. Oktober 1917. 5062 a. l.

Der Bezirksverband der Königl. Amtshauptmannschaft. Geh. Reg.-Rat v. Bose, Amtshauptmann.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Täglich Ein- und Rückzahlungen: Verzinsung 4% Bei 1-jährlicher Kündigungsfrist 4%, 2-jährlich 4,5%, 3-jährlich 5%. Größere Einlagen bei läng. Kündigung höhere Zinssätze. Geschäftszahl: 10-1 Uhr. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 10783.

Vor wichtigen Entscheidungen.

Aus Berliner politischen Kreisen wird uns zur augenblicklichen Lage der inneren Politik geschrieben:

Der Kaiser wird in der ersten Hälfte dieser Woche von seiner Besuchsfahrt nach Sofia und Konstantinopel, von seiner Besichtigung der Balkanhalbinsel in der Reichshauptstadt zurück erwartet. Der Kanzler ist bereits aus Russland, wo er sich über die Zustände in den besetzten Gebieten des Ostens unterrichtet hat, wieder in Berlin eingetroffen und nur Herr v. Kühlmann, der Staatssekretär des Auswärtigen, der den Kaiser auf seiner Orientfahrt begleitete, wird sich noch einige Tage in Budapest und Wien aufhalten, um so Gelegenheit zu neuem Gedanken- und Gesandtschaftsaustausch mit den Staatsmännern der österreich-ungarischen Monarchie zu haben. Zu gleicher Zeit wollen die Mehrheitsfraktionen des Reichstages ihre bekannten zwischenfraktionellen Besprechungen wieder aufnehmen - es ist klar, daß sie es bei der unentschiedenen Lage, die nach der Vertagung des Reichstages zurückgeblieben war, nicht bewenden lassen wollen. Man will jetzt dafür sorgen, daß Folgerungen gezogen werden, und es sieht ganz so aus, als sollte auch diesmal die Reichstagsmehrheit ihren Willen durchsetzen.

Freilich: vorläufig kann man nur sagen, daß ein Wechsel in gewissen hohen Reichsämtern wahrscheinlich geworden ist. Ob er sich auch im Sinne und nach den Wünschen der Mehrheitsparteien vollziehen wird, das ist eine andere Frage. Sie kann schon um deswillen nicht mit einem einfachen Ja oder Nein beantwortet werden, weil diese Mehrheit sich wohl über die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Reichsleitung einig ist, darüber indessen, was oder wer an ihre Stelle zu setzen ist, noch zu keiner einheitlichen Auffassung gelangen konnte. Wenigstens hat man bisher nur erfahren, daß Zentrum und Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten zu einer deutlichen Ablage an Herrn Dr. Michaelis entschlossen sind. Herr v. Bauer hat sich eines entsprechenden Auftrages seiner Fraktion noch vor der Kurlandreise des Reichskanzlers entledigen können, und Herr Scheidemann hat auf dem Würzburger Parteitage es an Deutlichkeit gegenüber dem obersten Reichsbeamten wahrhaftig nicht fehlen lassen. Herr Trimborn und Herr Stresemann werden, sobald sie nunmehr den Kanzler sprechen, auch nicht hinter ihren beiden Kollegen von links zurückbleiben. Soweit herrscht also volle Klarheit. Aber was weiter? Weiß die Mehrheit, was werden soll? Spricht man vom Fürsten Bülow, so werden die Sozialdemokraten wild, weil sie ihm seine Blockpolitik noch nicht vergessen haben, weil er ihnen verdächtig ist und weil er sich in seinem Buch über „Deutsche Politik“ zu der Notwendigkeit eines Friedens bekannt hat, der mit der Reichstagsentschließung vom 19. Juli schwerlich in Einklang zu bringen ist. Spricht man vom Grafen Bernstorff oder von Herrn v. Kühlmann, so fährt man auf der Rechten und bis zu den Nationalliberalen auf, weil diese Männer angeblich etwas zu starke Sympathien zu England haben sollen, ganz abgesehen davon, daß beide eben erst mit neuen Ämtern betraut worden sind, die man nicht so bald schon wieder anderen Händen anvertraut haben mag. Spricht man vom Staatssekretär Grafen Roeder, so meldet sich das Zentrum mit lebhaftem Widerspruch, weil er sich in Elisch-Lotbringen als Staatssekretär nicht bewährt und jetzt auch an der Spitze des

Reichssekretariats bestimmte Eigenschaften habe vermiffen lassen, ohne die ein wirklich leitender Staatsmann unentbehrlich sei; und natürlich auch, weil ihm irgendwie nennenswerte Erfahrungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vollständig fehlen. In der Ablehnung also sind sich die Parteien einigermassen einig, mit bestimmten Vorschlägen dagegen kämen sie sehr bald in peinliche Berlegenheit. So war es im großen und ganzen schon beim Sturz des Herrn v. Bethmann Hollweg, und so scheint es auch diesmal wieder zu stehen. Es scheint also, daß die Reichstagsmehrheit wohl weiß, was sie nicht will, daß sie aber nicht weiß, was sie will. So lange dem so ist, müssen die grundlegenden Entscheidungen unserer Staatsleitung einer anderen Stelle überlassen bleiben.

Diese Stelle ist gemäß der deutschen Reichsverfassung die Krone. Und ihre Entscheidung ist diesmal durch das Entlassungsgeheiß des Staatssekretärs des Reichsmarineamts unmittelbar angeregt worden. Man weiß auch, daß Herr v. Capelle damit sozulegen die Wahl gestellt hat zwischen seiner Person und dem Reichskanzler, daß er nicht zurücktreten will, weil er mit seinen Enthaltungen über die Vorgänge in unserer Marine bei einem Teile des Reichstages auf Widerspruch gestoßen ist, sondern weil es dabei an der notwendigen Übereinstimmung mit den Wünschen und Absichten der politischen Reichsleitung gefehlt hat. Es ist mühsig, darüber zu streiten, ob dieser Zwiespalt von vornherein bestanden oder sich erst nach dem erkennbar gewordenen Mißerfolg des parlamentarischen Vorstoßes geltend gemacht hat. Wenig, er war vor der Öffentlichkeit nicht zu verbergen und mußte so oder so zum Ausdruck gebracht werden. Der Ernst unserer politischen Lage duldet in diesem Falle weder Vertuschung noch Verschleppung.

Nur: es der Weisheit unseres Kaisers gelingen, die Wahl zu treffen, die dem Reiche frommt!

Beratungen der Mehrheitsparteien.

Am den interfraktionellen Verhandlungen, die am Montag über die innere Krise stattfanden, nahmen teil von nationalliberaler Seite die Abgeordneten Dr. Stresemann, Jund und Freiberger von Nichtbosen, vom Zentrum die Abgeordneten Fraßberger und Dr. Trimborn, von der Fortschrittlichen Volkspartei der Abgeordnete Fischbeck und von den Sozialdemokraten der Abgeordnete Südekum. Man war sich einig darüber, daß die Lage unhaltbar sei, doch kam man, wie verlautet, nicht zu einer Übereinstimmung hinsichtlich der Lösung der Krise. - Nach einem süddeutschen Blatte soll Staatssekretär Graf Roeder zu Beginn der gegenwärtigen Kanzlerkrise die Stimmung über seine etwaigen Aussichten als Nachfolger von Dr. Michaelis haben erkennen lassen. Wie uns von unterrichteter Seite erklärt wird, ist diese Nachricht falsch. Graf Roeder ist selbst von dem Austausch der Gerüchte über seine Kandidatur für den Kanzlerposten unberührt gewesen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Staatssekretär des Reichssekretariats Graf Roeder hat eine Depesche erhalten, in der der Kaiser zum neuen Anleihe-Erfolg seine Glückwünsche ausspricht. Das Telegramm schließt mit den Worten: „Gott segne alle Kreise und Opferwilligkeit durch einen glücklichen, erfüllenden Frieden.“ - Auch Generalleutnant v. Hindenburg hat an den Reichssekretär telegraphiert. Der Marschall erklärt, er habe das Ergebnis der neuen Kriegsanleihe als eine große nachträgliche Geburtstagsfreude empfunden.

Der preussische Kriegsminister von Stein, der aus Konstantinopel in Sofia angekommen war, wurde vom Baron Ferdinand in Audienz empfangen, der ihm die erste Klasse des Ordens vom Heiligen Alexander mit Schwertern verlieh. Er hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Radolawow.

Einem Erlaß betreffend die Deutsche Vaterlandspartei hat das preussische Ministerium des Innern herausgegeben. Er lautet Blättermeldungen zufolge: Anlässlich einer Anfrage eines der Herren Oberpräsidenten über die Beteiligung der politischen und anderen Staatsbeamten an den Bestrebungen der Deutschen Vaterlandspartei habe ich entschieden, daß den Beamten meines Ressorts, insbesondere den politischen Beamten, wie jedem anderen Staatsbürger, der Beitritt zu dieser Partei freistehe, daß es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort oder Schrift für ihre Bestrebungen eintreten. Ich ersuche, dies zu beachten. Der Erlaß trägt die Unterschrift des Ministers des Innern.

In einem Aufruf an die Bevölkerung wendet sich das Kriegs Ernährungsamt gegen den Schleichhandel. In dem Aufruf heißt es u. a.: Wie vor Jahr und Tag der Kettenhandel, so ist jetzt der Schleichhandel in den Mittelpunkt aller kriegswirtschaftlichen Sitten und Gebräuche gerückt. Er ist die größte Volkseuche dieses Weltkrieges geworden. Er stellt den mit der Überwachung des Lebensmittelverkehrs und mit der Verhinderung kriegswirtschaftlicher Übertretungen betrauten Preisprüfungsstellen wichtige Aufgaben. Wir bitten alle Organisationen und Personen, die Material zur Verfassung stellen können,

dieses unverzüglich einzufenden. Einschlägige Maßnahmen und Vorschläge werden sich beziehen können sowohl auf die Kontrolle des Lebensmittelverkehrs zur Verhütung und Erfassung des Schleichhandels im Laden, auf dem Verland, im Angebot der Annoncen, beim Erzeuger, Zwischenhändler und Verbraucher. Sie können sich ferner auf Gedanken über die wirksamsten polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen beziehen. Sie können die Erfahrungen der öffentlichen Bewirtschaftung und des privaten Handels betreffen, die Handelsformen, Personenkreise, Schliche und Listen, Preise und Handelstechniken des Schleichhandels. Jede Einzelheit ist wichtig. Die ganze Masse der Erfahrungen muß verwertet werden.

Türkei.

In Konstantinopel sind Denkmünzen zum Andenken an den Besuch des deutschen Kaisers geprägt worden und zwar zwei goldene, 50 silberne und 100 bronzene. Sie tragen auf der Vorderseite das osmanische Wappen und auf der Rückseite eine Inschrift. Die beiden goldenen Münzen werden dem Sultan und dem Kaiser überreicht werden. Beim Verlassen des türkischen Gebiets hatte der Kaiser an den Sultan ein herzlich Danktelegramm gerichtet, das der Sultan ebenso herzlich erwiderte.

Russland.

Die innere Krise wird gekennzeichnet durch den Austritt der Maximalisten aus dem Vorparlament. Ministerpräsident Kerenski hatte vergeblich in längerer Rede versucht, die Versammlung zur Einigkeit zu führen, indem er auf die beiden Hauptausgaben hinwies: die Landesverteidigung und die Wiederherstellung der Kampfkraft der Armee. Der maximalistische Vorsteher des Arbeiter- und Soldatenrats von Petersburg, Trotski, griff die Regierung heftig an, die unverantwortlich handele. Er erklärte, die Maximalisten könnten weder mit der Regierung noch mit dem Vorparlament zusammen arbeiten. Er verlasse es, um Arbeitern, Soldaten und Bauern zu sagen, daß Petersburg, die Revolution und das Volk in Gefahr seien. Darauf gingen alle Maximalisten unter Hochrufen auf einen ehrenvollen demokratischen Frieden und die Verfassunggebende demokratische Versammlung hinaus.

Die Friedensbedingungen des Arbeiter- und Soldatenrates, die der Konferenz der Verbündeten in Paris vorgelegt werden sollen, umfassen u. a. folgende Punkte: Wiederherstellung Serbiens, Rumaniens, Montenegros, Griechenlands, Persiens, Autonomie für Polen, Litauen, die lettischen Provinzen, türkisch-Armenien, Bosnien und die Herzegowina und die italienischen Provinzen Österreichs bis zu einer Volksabstimmung, Volksabstimmung in Elisch-Lotbringen, Rückgabe aller Kolonien an Deutschland und Neutralisation aller Meerengen. Zum Schluss wird u. a. verlangt, daß die Diplomaten keine Geheimverträge schließen dürfen, und daß überall nach allmählicher Abrüstung das Militärwesen eingeführt wird.

Italien.

Auch die Italiener beteiligen sich jetzt nach dem Beispiel Amerikas und Englands an Haub neutraler Schiffe. Die schwedische Gesandtschaft in Rom hat das schwedische Auswärtige Amt telegraphisch benachrichtigt, daß die italienischen Behörden künftig schwedische Fahrzeuge beschlagnahmen werden, und daß der Anfang hierzu mit der Beschlagnahme des schwedischen Dampfers „New Emeden“ gemacht wurde.

Rugano, 21. Okt. In der italienischen Kammer hielt der Sozialist Venturi eine stürmische Anklage gegen den Krieg. Er teilte mit, daß die italienische Presse schon vor Beginn des Kampfes 25 Millionen aus Frankreich erhalten habe. Das Volk verlange zu wissen, wohin diese Gelder geflossen seien. Wenn das Volk eines Tages nicht mehr genügend Brot findet, so wird es sich gewalttätig gegen diejenigen wenden, die es in diesen fürchterlichen Krieg geholt haben.

Aus In- und Ausland.

Magdeburg, 22. Okt. Der konservative Landtagsabgeordnete Landrat a. D. Rittergutbesitzer v. Rabe, der den Wahlkreis Magdeburg-Wanzleben vertrat, ist gestern gestorben.

Wien, 22. Okt. Staatssekretär Dr. v. Kühlmann ist heute früh von Budapest kommend, hier eingetroffen.

Osag, 22. Okt. Der Zweiten Kammer liegt ein Gesetzentwurf über die Einführung der Zivildienstpflicht vor.

Bern, 22. Okt. Nach französischen Blättern hat der Senat von Columbia mit harter Mehrheit einen Antrag auf Nichtbilligung des Verabrens des deutschen U-Boot-Krieges angenommen.

Jülich, 22. Okt. In Glasgow ist es infolge von Ernährungsnotlagen zu großen Unruhen und Ausschüden gekommen.

Helsingfors, 22. Okt. Der finnische Senat hat der russischen Großfürstlichen Regierung das von dem Landtage angenommene Zivilgesetz zur Genehmigung unterbreitet.

Buenos Aires, 22. Okt. Die englische Regierung hat dem Grafen Lutzburg, der sich im November nach einem Deutschland benachbarten Land einschiffen soll, freies Geleit ausgedehnt.

Gedenkt der Geburtstags- u. Familienspende!